



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21034 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XII/240 - 19. Oktober 1957

Sinweise auf den Inhalt:

Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien	S. 1
Frankreich bleibt zunächst ohne Regierung	S. 2
Neuer Tiefpunkt für Dulles?	S. 3
Die Wünsche des Handwerks	S. 5
Die Macht der Interessentenverbände	S. 6

Der Bruch

sp- Was seit Tagen befürchtet werden musste, ist geschehen. Die Bundesregierung hat die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien abgebrochen. Der Interparlamentarische Ausschuss des Bundestages, der am Freitag nach Ansicht von Optimisten zusammengetreten war, um die Meinungsbildung der Regierung zu fördern, hatte eigentlich nur noch die bereits feststehende Entscheidung des Kabinetts entgegenzunehmen. Warum man den Ausschuss überhaupt noch zusammengerufen hatte, bleibt unerfindlich. Wollte man eine parlamentarische Komödie in Szene setzen? Es sieht ganz so aus.

Das Argument der Bundesregierung für ihre Entscheidung ist einfach. Wir müssen eine "harte Politik" machen, weil sonst die Gefahr entsteht, dass andere neutrale Staaten ebenfalls die sogenannte DDR anerkennen. Eine solche Entwicklung würde die Chancen der Wiedervereinigung Deutschlands verringern.

Dieses Argument ist steril wie die ganze Wiedervereinigungspolitik der jetzigen Bundesregierung. Tatsache ist doch, dass Adenauer und seine Gefolgschaft unter dem Gesetz der "Politik der Stärke" angetreten sind, die Wiedervereinigung mit dieser Politik erreichen wollten, aber elend gescheitert sind. Diese "Politik der Stärke" hat die Chancen der Wiedervereinigung verringert, sie hat die Spaltung Deutschlands und Europas vertieft und führte die Bundesrepublik in ein politisches Niemandsland, dessen einziger relativ fester Punkt die Addition von Divisionen im Rahmen der NATO ist. Für diese Politik wurde die für Deutschland notwendige Normalisierung mit jenen Ostblockstaaten geopfert, die Kontakt mit Bonn wünschen und suchen. Wenn Bonn nun diesen Weg fortsetzt, verstrickt es sich zwangsläufig in der permanenten Verzicht auf die diplomatische Vertretung seiner Gegenwartsinteressen in jenen Teilen Europas und vielleicht der ganzen Welt, in denen die militärische Blockpolitik noch nicht oder nicht mehr das A und O allen Denkens ist.

Wir halten die Entscheidung Titos - diplomatische Anerkennung des Parkow-Regimes - für falsch. Wir sind aber der Meinung, dass es eine schlechte Politik ist, offensichtliche Fehler durch andere Fehler zu vertiefen.

* * *

Paris spricht wieder von Schuman

E.- Paris

Auch der Rechtspolitiker Pinay hat es nicht geschafft. 50 Stimmen fehlten ihm in der Nacht zum Samstag für den Parlamentsauftrag zur Bildung einer neuen Regierung. Er muss seine Niederlage wohl schon geahnt haben, als er die Tribüne betrat, um die Grundzüge seiner Politik darzulegen. Jedenfalls verzichtete Pinay fast ganz auf eine konkrete Darstellung seiner beabsichtigten Algerienpolitik und beschränkte sich auf die Forderung nach Sondervollmachten für die Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie für eine Verfassungsreform. Weder das Gros der republikanischen Volkspartei (MRP) noch die Sozialisten konnten ihm auf diesem Wege folgen. Dass die Kommunisten gegen Pinay stimmen würden, stand von vornherein fest. Pinay erhielt die Stimmen des grössten Teils der Unabh. rechten und der Bauern, einiger Abgeordneter der radikalsozialistischen Splittergruppe und der Rajadisten. Allgemeine Beachtung fand, dass etwa 15 Abgeordnete des MRP, darunter Robert Schuman und Georges Bidault ebenfalls für Pinay stimmten.

Jetzt beginnt wieder das grosse Rätselraten über den weiteren Ablauf der nunmehr schon seit drei Wochen dauernden Regierungskrise. Es wird damit gerechnet, dass Staatspräsident Coty einen MRP-Politiker ersuchen wird, Besprechungen über eine Regierungsbildung einzuleiten. In diesem Zusammenhang werden die Namen Schuman und Robert Lecourt, (Fraktionsvorsitzender) aber auch Pierre Bflinlin, der Parteivorsitzende, genannt. Ob der Generalsekretär der Sozialistischen Partei und frühere Ministerpräsident Guy Mollet jetzt wieder "ins Spiel" kommt, ist noch fraglich. In der sozialistischen Parlamentsfraktion wurde die Stimmabgabe Schumans und Bidaults für Pinay als ein Zeichen dafür gewertet, dass diese Männer möglicherweise eine Beseitigung der Regierungskrise mit dem Blick nach rechts anstreben. Aus diesem Grunde wird auch eine Koalition zwischen MRP und den Sozialisten als Kernstück einer neuen Regierung nur dann für möglich gehalten, wenn das MRP nicht seine rechten, sondern seine "linken" Flügelkammer verschickt.

Während des Wochenendes wird es in Paris sicher zu einigen persönlichen Fühlungsnahmen zwischen den Politikern verschiedener Gruppen kommen, sodass man wahrscheinlich erst zu Beginn der nächsten Woche übersehen kann, welche Lösungsmöglichkeiten sich für die Krise abzeichnen.

USA-Aussenpolitik - auf einer Sandbank ?

Von unseren amerikanischen Korrespondenten

New York, Mitte Oktober

Man ist versucht, sich an Clemenceaus berühmtes Wort aus dem ersten Weltkrieg zu erinnern: der Krieg sei eine viel zu ernste Angelegenheit, als dass man sie den Generälen überlassen dürfte ... Erst unter einem berühmten General als USA-Präsidenten muss es passieren, dass die Sowjetrüstung und die ihr als Grundlage dienende technische Forschung der Amerikanischen voraussetzt. Dazu kommt, dass die Amerikaner in der Abrüstungsdebatte immer mehr in die Hinterhand geraten, da die Russen gewiss sind, dass Amerika ohnedies abrüstet, weil der Kongress sparen und Eisenhower dem Kongress und den republikanischen Steuereinsparungswünschen entgegenkommen will.

Einseitige Rüstungsrennen - ohne Abkommen:

Für all das trägt der amerikanische Aussenminister Dulles ebenso wenig wie für den Erfolg der russischen Naturwissenschaftler unmittelbare Verantwortung. Und doch ist es für ihn ausserordentlich bitter, dass er sich bei seiner aussenpolitischen Linie aller Trümper plötzlich beraubt sieht. Erumans Aussenminister Acheson, der jahrelang in der harten Zeit des kältesten Krieges seinen Landsleuten immer wieder sagte, sie könnten ohne wirkliche Stärke nichts erreichen, setzte beim Präsidenten und gemeinsam mit ihm beim Kongress jene Rüstungsmassnahmen durch, die schliesslich zu einem Nachlassen der sowjetischen Kalten-Kriegs-Politik führten. Aber Dulles, der sich so nahe Gelegenheit zu wirklicher Entspannung ergötzen liess, weil diese seiner Politik nicht entsprach, hatte nicht die Logik und die Zivilcourage, sich der Sparwelle im Kongress entgegenzustellen. So sieht sich Dulles einer neuen Situation gegenüber, in der die Welt staunend und erschreckt den unerlässlich scharfen Sowjet-Warnungen lauscht und in der der amerikanische Aussenminister sich selbst all jener Mittel beraubt sieht, mit denen er die Russen zu grösserer Wachsamkeit bewegen könnte.

Vielleicht der Gipfel von Dulles diplomatischem Misserfolg ist die amerikanische Diplomatie im Nahen Osten. In November 1956, während der Suez- und Palästina-Krise, die das Ergebnis von Ägyptens Brückierung durch Dulles anlässlich der Anleihen-Verhandlungen über den Assuan-Damm und der russischen Waffenlieferungen an Ägypten war, gab es Gelegenheit, auch bei Aufrechterhaltung der Charta der Vereinten Nationen Eiser eine tödliche Niederlage zu bereiten und damit der russischen Einfluss aus den Nahen Osten wieder auszuschalten. Diese Chance wurde versäumt. Erst als alles vorüber war, empfahl Dulles Eisenhower die "Eisenhower-Doktrin" im Nahen Osten: die USA würde auf jeden Angriff auf die Ost-Länder auf Ersuchen der Angegriffenen eingreifen. Aber damals piffen alle Spatzen auf den Dächern des Kapitols und des Weissen Hauses, dass die Russen keinen der Nah-Ost-Staaten angreifen müssten und dass diese schon gar nicht um amerikanische Hilfe appellieren würden. Syrien ist das Schulbeispiel. Die "internen" Veränderungen, in die einzugreifen der Amerikanern verwehrt ist, bestehen in Syrien in weiteren russischen Waffenlieferungen und in einer An-

passung der Syrischen Regierung an die sowjetische Aussenpolitik und in verschärfter anti-amerikanischer Haltung.

Dulles' verhängnisvolle Syrian-Rede

Dulles war gegenüber dieser Entwicklung machtlos und jeder andere Aussenminister hätte diese peinliche Situation nicht zum Gegenstand grosser Erklärungen, sondern zum Gegenstand vorsichtiger Diplomatie - ja sogar vielleicht Dollar-Diplomatie - gemacht. Auf jeden Fall hätte ein geschulter Diplomat grosse Deklarationen vermieden, um nur ja nicht die in Brüche gehende arabische Solidarität wieder zu leimen. Nicht so Dulles. Seine Eröffnungsrede in der Generalversammlung der Vereinten Nationen löste sofort bei allen Freunden der USA stärkste Besorgnis aus, weil man wusste, dass es in dieser Situation falsch war, Syrien in den Vordergrund zu stellen. Während Dulles versuchte, Syrien mit einigen wohlgemeinten Endworten wegkommen zu lassen und den Hauptangriff gegen die Sowjets wegen der Infiltration in Syrien richtete, zeigte sich sofort, dass er die arabische Solidarität wieder hergestellt hatte, dass die Russen in den Hintergrund treten und die Abwehr des Dulles-Vorstosses den Arabern überlassen konnten. Ja die Russen konnten sich noch als die Beschützer Syriens gegenüber den "imperialistischen" Vorstössen der Vereinigten Staaten aufspielen. So ist die Generaldebatte, soweit sie den Nahen Osten betraf, zu Ungunsten der Vereinigten Staaten ausgefallen. Die amerikanische Offensive in den Vereinten Nationen gegen die kommunistische Infiltration in Syrien endete mit der Herstellung praktischer Waffen-Solidarität der arabischen Länder - Solidarität mit Hilfe russischer Waffen in Syrien.

Sonstige Betriebsunfälle

Zu all dem kommt das Missgeschick, das die Dulles'sche Aussenpolitik verfolgt, ohne dass man ihn dafür verantwortlich machen könnte: die bösen internationalen Wirkungen der Rassenpolitik im Süden. In einer Zeit, in der es doppelt wichtig wäre, dass sich die Vereinigten Staaten gerade wegen Schwierigkeiten und Misserfolgen an so vielen Zweigen der Aussenpolitik der Sympathien der nicht einseitig verpflichteten Völker Asiens und Afrikas versicherten, sind die Zwischenfälle von Little Rock trotz allen Versuchen Eisenhower, die Autorität der Bundesregierung gegenüber den südlichen Rassenpolitikern aufrechtzuhalten, ein böser Schlag gegen amerikanisches Freitage. Wenn der Finanzminister von Ghana - eines Landes, in dem sich die Amerikaner bisher nicht geringer Sympathien erfreuten - in Delaware (nördlich von Washington und beinahe vor den Toren New Yorks!) in einem Restaurant an einem grossen Highway nicht einmal Orangensaft trinken kann, so ist dies eine Demonstration des Rassenskandals in einer noch viel krasserem Weise als sie der an sich nicht erfreulichen amerikanischen Realität entspricht, aber wie soll der amerikanische Aussenminister die jungen Nationen Afrikas gewinnen, wenn einer ihrer Repräsentanten in amerikanischer Alltags so beleidigt wird ...

Dies sind die Betriebsunfälle, mit denen die amerikanische Diplomatie immer wieder rechnen muss, besonders in Zeiten, in denen Staatsmänner, Diplomaten und Gäste aus dem "dankbaren" Ausland nach Amerika kommen. Aber die Unverschuldeten und noch dazu die selbstverschuldeten Unglücksfälle haben wieder einmal zu einem Tiefpunkt der amerikanischen Diplomatie und des Prestiges ihres Chefs geführt. Amerika beginnt die neue Situation zu verstehen: die russischen Weltraumraketen bedeuten für viele Amerikaner ein peinliches Erwachen. Amerikaner lieben es, sich in der Vorstellung zu wiegen: wir haben das Beste, das Modernste und das Grösste von allen, was es sonst in der Welt gibt. Unse peinlicher ist es, wenn sich plötzlich zeigt, dass die Russen einen technischen Vorsprung zu verzeichnen haben. Und daneben beginnt die Vorstellung aufzudämmern, dass die amerikanische Aussenpolitik vor allem wegen des Schiffbruches der erst acht Monate alten und schon brüchig gewordenen "Eisenhower-Doktrin" auf eine Bankbank geraten ist. + + + -5-

Die Wünsche des Handwerks

H.B. Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Bild, hat in einem Schreiben an den Bundeskanzler die Wünsche des Handwerks für die zu erwartende Regierungserklärung angemeldet. Bild erinnert daran, dass der Bundeskanzler bereits zum Handwerkstag 1955 ein "umfassendes, auf längere Sicht aufgestelltes handwerkspolitisches Programm der Bundesregierung" in Aussicht gestellt habe, zu dem es aber leider nicht gekommen sei. Deshalb sollten sofort am Anfang des neuen Regierungsschnitts diese Massnahmen für die nächsten vier Jahre geplant und zu einem handwerkpolitischen Regierungsprogramm zusammengefasst werden. In einer Zusammenstellung der Wünsche des Handwerks für die Regierungserklärung wird die Einsetzung eines unmittelbar dem Bundeskanzler unterstellten Bundesbeauftragten für den Mittelstand vorgeschlagen.

Hierzu muss man wissen, dass der Arbeits- und Diskussionskreis "Mittelstand" der CDU vor kurzen getagt und seinen Vorsitzenden, den Abgeordneten Schmücker, beauftragt hat, dem Bundeskanzler die Wünsche dieses Arbeitskreises zu übermitteln, die vor allem auf die Einsetzung eines Bundesbeauftragten für den Mittelstand beim Bundeskanzleramt hinauslaufen. Die Mitglieder der CDU gehen auf Grund langjähriger Erfahrungen darauf aus, dem Regierungschef die Verantwortung für die "Mittelstandspolitik" zuzuschieben und meinen, der Bundeskanzler müsse die Fragen der "Mittelstandspolitik" durch einen besonderen Beauftragten in seinem eigenen Hause lösen.

Wenn also der Wunsch des Handwerks nach einem Bundesbeauftragten auf den ersten Blick wie ein Einschwenken des Handwerks-Zentralverbandes auf die CDU-Linie aussieht, so entpuppt sich dieser Wunsch bei näherem Zusehen als ein taktischer Zug mit dem Ziel, Adenauer zu zwingen, Farbe zu bekennen. Der eigentliche Wunsch des Handwerks ist, endlich die Entwicklung zu stoppen, die in den letzten sieben Adenauer-Jahren dazu geführt hat, dass jeder achte handwerksbetrieb seine Arbeit einstellen musste.

Regierungsbildung unter skandalösen Umständen

FB. Wenn die Zeitpläne eingehalten werden sollten, dann wird die neue Bundesregierung am 23. Oktober 1957, fünf Wochen nach der Bundestagswahl, dem Parlament vorgestellt werden. Es ist mühsig, sich in die Kombinationen um die "Königsackerei" einzuschalten, aber es ist Pflicht der Opposition, festzustellen, dass das, was sich in den letzten fünf Wochen auf diesem Gebiet ereignet hat, ein Skandal war, der die Demokratie trifft. Die Vorwürfe richten sich nicht nur gegen die pressure-groups, sondern vor allen gegen die Bundesregierung, die alle diese Dinge hat geschehen lassen, ohne sich auch nur zu Wort zu melden.

Am lautstärksten haben sich dabei die Bauernverbände benommen, die den derzeitigen Bundesernährungsminister noch nicht einmal zu seiner Jahrestagung kommen liessen und in aller Öffentlichkeit und in aller Form den Bundeskanzler unter Druck setzten, um Lübke nicht wiederzuberufen.

Es ist hier nicht der Ort, darüber zu raten, ob schliesslich diesen Druck nachgegeben wird. Viel wichtiger ist, dass kaum jemand in der Bundesrepublik gegen diese ungesetzlichen Methoden, die einer Mötigung gleichkommen, protestiert hat. Als seinerzeit die Gewerkschaften versuchten, auf ein Gesetz Einfluss zu nehmen, da hat sich von allen Seiten ein wütendes Gekrei erhoben und ein Minister sprach damals sogar vom "Zuchthauswürdigen Verbrecher" der Gewerkschaften.

Wer meldet sich heute zu Wort, wenn in brutalster Weise der Gruppen-Egoismus Triumphe feiert? Die Bundesregierung, die als erste verpflichtet wäre, die Ansinnen in aller Öffentlichkeit zurückzuweisen, schweigt. Im Gegenteil, sie verhandelt auch noch mit den Leuten, die die Gesetze der Demokratie mit Füssen treten. Wer ein Freund der deutschen Landwirtschaft ist - die Sozialdemokratie ist es - der kann nie ein Grauen davon bekommen, von welcher Art von Bauernführern

sich die deutsche Landwirtschaft in die Sackgasse führen lässt.

Nicht viel anders ist es mit den Tauzichen um Schäffer. Die Gruppen, die Schäffer das Genick brechen wollen, handeln nach demselben Prinzip wie die Bauernführer, nur gehen sie geschickter und lautloser vor. Schäffer genießt auch in der Sozialdemokratie keine Sympathien. Hier geht es aber nicht mehr um seine Person, sondern um ein Prinzip. Der Grossbesitz hat allen Einfluss aufgeboten, um Schäffer als Bundesfinanzminister nicht wiederkommen zu lassen und einen Mann ihres Vertrauens, d.h. einen Mann, der die Bereinigung gewisser Kreise noch schaulooser als bisher zulassen wird, auf den Sessel des Bundesfinanzministers zu bringen. Auch hier wäre die Bundesregierung verpflichtet gewesen, diesem Druck nicht nur zu widerstehen, sondern in aller Öffentlichkeit das Vorgehen dieser Kreise zu brandmarken. Sie hat kläglich geschwiegen.

Es ist, wie gesagt, nicht Aufgabe der Sozialdemokraten, in das Kombinationsspiel einzugreifen. Aber offensichtlich ist doch, dass die grössten Wahlgeldgeber einen Erfolg erzielen werden. Die sogenannten Bauernführer schreien zwar laut, aber sie haben zur Finanzierung des Wahlkampfes nicht so viel aufgebracht, dass sie ernsthaft die Waagschale herniederdrücken könnten. Die Financiers der CDU hingegen pochen nur auf ihre Rechte; alles Anschein nach werden sie "Erfolg" ^{haben,} der gleichzeitig eine Niederlage der Demokratie bedeutet, denn alle Vorgänge um die Regierungsbildung haben in den letzten fünf Wochen bewiesen, dass der Staat zu einer Sorte der Wahlgeldgeber der CDU wird.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel